

Sachdokumentation:

Signatur: DS 4510

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/4510



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



Stadt Bern

Direktion für Bildung
Soziales und Sport

20 Jahre Standplatz für Jenische, Sinti und Roma in Bern-Buech



Erfolge, Herausforderungen und Entwicklungen

Herausgeberin:

Direktion für Bildung,
Soziales und Sport
Predigergasse 5
3000 Bern 7
Telefon 031 321 72 85
bss@bern.ch
www.bern.ch/stadtverwaltung/bss

Fotos:

Franziska Rothenbühler (Seiten 5,
11, 12, 17, 19, 22, 24)
Raphael Moser (Titelseite)
Andreas Blatter (Seite 9)

Bern, September 2018

20 Jahre Buech: Ein Pionierprojekt wird erwachsen	4
1 Einleitung	5
2 Jenische, Sinti und Roma in Bern Eine leidvolle Geschichte Suche nach einem Berner Standplatz Stimmberechtigte sagen Ja	7
3 Die ersten Jahre im Buech Neue Herausforderungen	11
4 Die aktuellen Schulprojekte Ein weiterer Anlauf	14
«Beide Seiten müssen sagen: «Ja, wir wollen»» Interview mit Irene Hänsenberger, Leiterin Schulamt Stadt Bern	16
5 Die soziale Situation im Buech	17
«Wenn wirtschaftliche Perspektiven fehlen, droht eine Negativspirale» Interview mit Felix Wolffers, Leiter Sozialamt Stadt Bern	18
6 Die Stadt als Vermieterin und Partnerin Das aktuelle Gemeinwesenarbeit-Projekt Viel Lob	19
7 Das Leben auf dem Standplatz Buech heute Fakten und Zahlen Ein Besuch im Buech im Sommer 2018 – eine Kurzreportage	21
«Die Stadt ist für uns eingestanden» Interview mit Fino Winter, Präsident Sinti Schweiz	23
8 Zukunft Die Standplatz-Knappheit Aufbruch im Buech	24
Literatur- und Quellenverzeichnis	26

20 Jahre Buech: Ein Pionierprojekt wird erwachsen

Vor 20 Jahren eröffnete die Stadt Bern in Bern-Buech einen Standplatz für Jenische, Sinti und Roma. Im Jahr zuvor hatten sich die Stimmberechtigten mit einem Ja-Stimmenanteil von 75 Prozent für die Schaffung des Standplatzes ausgesprochen. Damit nahm die jahrzehntelange Suche nach einem Platz für die mit der Stadt verbundenen Jenischen, Sinti und Roma ein Ende. Es war zudem ein starkes Signal zugunsten einer seit Jahrhunderten benachteiligten Schweizer Minderheit. Die Bernerinnen und Berner machten klar: Die Stadt Bern ist eine Stadt für alle.

Der Standplatz Buech verfolgt seit nunmehr 20 Jahren dieses Ziel: Jenische, Sinti und Roma sollen auf dem Gebiet der Stadt Lebensraum finden, der ihren Bedürfnissen entspricht. Die Schaffung des Standplatzes Buech war schweizweit das erste derartige Projekt. Die Eröffnung der Anlage führte zu einer klaren Verbesserung der Wohn- und Lebenssituation der Fahrenden in der Stadt Bern. Mit dem neuen Standplatz verschwanden aber nicht alle Probleme. Die wirtschaftliche und gesundheitliche Situation vieler Bewohnerinnen und Bewohner von Buech ist schwierig.

Der Betrieb des Standplatzes ist für die Stadt Bern eine Herausforderung. Zwar versucht eine ämterübergreifende Arbeitsgruppe die Zusammenarbeit zwischen den Bewohnenden des Standplatzes und der Verwaltung zu optimieren. Die Lösungssuche ist aber oft schwierig und mitgeprägt von unterschiedlichen Kulturen. Im Brennpunkt stehen dabei immer wieder die Einhaltung der Platzordnung und der Schulvereinbarung. Weil die Bewohnenden des Standplatzes oft nur einen Teil des Jahres in Bern leben, ergeben sich für die betroffenen Familien und die Lehrpersonen besondere schulische Herausforderungen. Bildung ist ein Menschenrecht. Die Stadt will deshalb mit verschiedenen, auf eine nomadische Lebensweise abgestimmten Programmen dafür sorgen, dass jedes Kind im Buech eine gute Ausbildung erhält.

Gesellschaftliche Veränderungen und die Entwicklungen im Arbeitsmarkt gehen nicht spurlos am Buech vorbei. Daraus ergeben sich Chancen und Risiken zugleich. Traditionelle Geschäftsbereiche und Erwerbsmöglichkeiten der Fahrenden verändern sich. Für die Bewohnerinnen und Bewohner im Buech ist es eine grosse Herausforderung, zwischen Tradition und Wandel immer wieder einen gangbaren Weg zu finden.

Die vorliegende Broschüre will aufzeigen, wie sich Buech entwickelt hat, welche Probleme und Herausforderungen aktuell zu bewältigen sind und welche Trends sich für die Zukunft abzeichnen. Sie versucht, ein realistisches Bild des Standplatzes zu zeichnen und will so zum Verständnis für eine Minderheit beitragen, welche zu Bern gehört und hier einen festen Platz hat.



Gemeinderätin Franziska Teuscher,
Direktorin für Bildung,
Soziales und Sport der Stadt Bern



Gemeinderat Michael Aebbersold,
Direktor für Finanzen,
Personal und Informatik der Stadt Bern

1 Einleitung



Sicht von der Einfahrt zum Mittelpunkt des Standplatzes.

Über ein halbes Jahrtausend lang wurden Jenische, Sinti und Roma in der Schweiz stigmatisiert, verfolgt, vertrieben – und noch bis in die 1970er-Jahre zwangsassimiliert. Die Stadt Bern bildete da keine Ausnahme. Doch Akten zeigen, dass die Stadtberner Regierung mindestens seit der Mitte des 20. Jahrhunderts versuchte, Lebensraum für die mit Bern verbundenen Fahrenden zu schaffen.¹ Gleichwohl lebten letztere auch Anfang der 1990er-Jahre immer noch in einem Provisorium, das wohnhygienische Standards nicht erfüllte.

Doch dann machte die Stadt Bern etwas, was heute noch als vorbildlich bezeichnet wird: Sie errichtete einen gut ausgebauten Standplatz, auf dem die Fahrenden überwintern können. Der Umzug im Jahr 1998 brachte für die Bewohnerinnen und Bewohner viele Verbesserungen. Der im städtischen Weiler Buech zwischen Brünnen und Riedbach gelegene Standplatz war der erste seiner Art in der Schweiz. 37 Parzellen stehen dort bis heute zur Verfügung. Die Stadt Bern wurde damit zur Pionierin bei der Schaffung neuer Plätze für Jenische, Sinti und Roma.

¹ Hinweise auf verwendete Literatur und Quellen finden sich im Literatur- und Quellenverzeichnis.

«Uns zieht es bereits nach kurzer Zeit wieder weiter», besagt sinngemäss ein Sprichwort der Sinti, welche im Buech stark vertreten sind. Doch in den Westen der Stadt Bern kommen die mit dem Buech verbundenen Fahrenden seit 20 Jahren immer wieder zurück, manche leben gar das ganze Jahr über dort. «Es ist ein schöner Platz», sagt ein Bewohner stellvertretend. Auch zwei Jahrzehnte nach der Eröffnung ist der Standplatz gemäss einer Studie der Stiftung Zukunft für Schweizer Fahrende einer der besten der Schweiz. Und doch gilt es im Buech für alle Beteiligten immer wieder, Herausforderungen gemeinsam zu meistern. Noch immer sind nicht alle Probleme gelöst – und durch den rasanten Wandel der Arbeitswelt kommen neue hinzu. Trotzdem sind sich externe Beobachterinnen und Beobachter einig: Der Standplatz Buech ist schweizweit ein Vorzeigeprojekt.

2 Jenische, Sinti und Roma in Bern

Im Jahr 1484 schrieb der Schweizer Chronist Diebold Schilling von «den swartzen getouften Heiden», die nach Bern gekommen seien. Gemeint waren ursprünglich aus Indien stammende Roma, die sich bereits 60 Jahre zuvor in der Region Basel niedergelassen hatten und von dort nach Bern weiterzogen.

Eine leidvolle Geschichte

Die Neuankömmlinge wurden nicht mit offenen Armen empfangen. Bereits 1477 hatte die Tagsatzung der alten Eidgenossenschaft bestimmt, dass «Zeginer» im Land nicht erwünscht seien. Dieser Entscheid sollte das Leben dieser Volksgruppen entscheidend prägen. In den folgenden Jahrhunderten wurden sie die meiste Zeit verfolgt. Ihnen drohten der Landesverweis – und bei allfälliger Wiedereinreise drastische Strafen bis hin zur Hinrichtung. Die Nachkommen dieser Roma nennen sich heute Sinti (siehe Kasten Seite 8).

Daneben gibt es die Minderheit der Jenischen (siehe Kasten rechts). Die Bezeichnung taucht erstmals zu Beginn des 18. Jahrhunderts auf. Die Jenischen sind wohl Nachfahren verarmter einheimischer Bevölkerungsschichten und Randgruppen. Über Jahrhunderte verwehrten Gemeinden manchen Ansässigen das Heimatrecht oder entzogen es ihnen. Gründe dafür waren etwa eine längere Ortsabwesenheit – Armut war der häufigste Anlass die Heimat zu verlassen –, eine Heirat mit Angehörigen einer anderen Konfession oder eine Verurteilung. Der ökonomische, rechtliche und soziale Ausschluss aus der Gesellschaft zwang diese sogenannten «Heimatlosen» zum Wegzug in andere Kantone oder zu einer nichtsesshaften Lebens- und Wirtschaftsweise, beispielsweise als saisonale Wanderhändler und -handwerker. Für die staatlichen Obrigkeiten galten Nichtsesshaftigkeit und nomadische Lebensweise jedoch als unstat und darum verdächtig. Es kam deshalb zu gewaltsamen Wegweisungen und Verfolgungen.

Der Umgang der offiziellen Schweiz und der Schweizer Mehrheitsgesellschaft mit den Minderheiten der Jenischen, Sinti und Roma blieb bis in die 1970er Jahre repressiv und war von Ausschluss und Versuchen zur erzwungenen Integration gekennzeichnet. Diese Politik gipfelte in den Kindswegnahmen durch Behörden und private Organisationen. Am bekanntesten ist der Fall des seit 1926 von der Stiftung Pro Juventute betriebenen «Hilfswerks für die Kinder der Landstrasse» (siehe Kasten Seite 14). Mit Unterstützung der Vormundschaftsbehörden wurden Kinder jenes Herkunft ihren Familien weggenommen, in Heimen oder Anstalten interniert sowie in Fremdfamilien platziert. Im Zuge einer breiten öffentlichen Debatte zum Heimwesen und auf Druck der Medien wurde das Programm 1973 eingestellt. Die Proteste der Betroffenen führten zur Gründung von jeneschen Organisationen wie der «Radgenossenschaft der Landstrasse» oder «Naschet-Jenische».

Ab den 1980er Jahren begann der Bund, sich für die Wiedergutmachung des Unrechts und für die Anerkennung und den Schutz der Jenischen und Sinti einzusetzen. 1998 ratifizierte die Schweiz schliesslich das Rahmenübereinkommen des Europarats zum Schutz nationaler Minderheiten. Damit anerkannte die Schweiz die schweizerischen Jenischen und Sinti als eine nationale Minderheit – unabhängig davon ob sie nomadisch oder sesshaft leben. Die Anerkennung erfolgte zunächst unter dem Sammelbegriff «Schweizer Fahrende», seit 2016 verwendet der Bund stattdessen die Selbstbezeichnungen «Jenische» und «Sinti». Mit der Ratifizierung verpflichtete sich die Schweiz zur Förderung von Rahmenbedingungen, die es diesen Minderheiten ermöglichen, ihre Kultur zu pflegen und weiterzuentwickeln. Dies gilt namentlich für die Erhaltung und Schaffung der für die nomadische Lebensweise erforderlichen Stand- und Durchgangsplätze, für die Förderung der Kultur sowie die Bewahrung der jeneschen Sprache.

Jenische

In der Schweiz leben heute schätzungsweise 30'000 Jenische.

Davon führen nur noch 2000 bis 3000 eine nomadische oder halb-nomadische Lebensweise.

Die übrigen Jenischen leben sesshaft. Jenische sind europäischen Ursprungs. Auch in Deutschland, Österreich, Frankreich und Italien leben Jenische. Die Jenischen verfügen über eine eigene Sprache, die ihnen vermutlich den Namen gab.

Das Jenische baut auf der Sprache der jeweiligen Mehrheitsgesellschaft – in der Schweiz die Mundart – auf und ist mit Worten aus Romanes, Jiddisch und Rotwelsch angereichert. Umgekehrt haben auch jenesche Wörter Eingang in die Mundart gefunden. Die Jenischen sind in der Schweiz zusammen mit den Sinti als nationale Minderheit anerkannt.

Suche nach einem Berner Standplatz

Aus der jüngeren Berner Geschichte ist dokumentiert, dass Fahrende in den 1950er-Jahren ihre Wohnwagen in der Stadt Bern aufstellten. Dies an mehreren «verstreuten Standorten», wie der Gemeinderat in den 1960er-Jahren schrieb. Der Hauptstandort befand sich auf der Grosse Allmend – die damals noch mitten im Grünen lag – am Reisingerweg. Heute existiert an seiner Stelle eine Strasse, die entlang des Eishockeystadions führt und neuerdings Tschäppätstrasse heisst. 1953 wurde das Gelände für den Ausbau des Messegeländes benötigt. Deshalb musste der Standplatz verlegt werden. Es sollte daraufhin fast ein halbes Jahrhundert vergehen, bis in der Stadt Bern ein fixer Standplatz für Jenische, Sinti und Roma existierte.

1953 zogen die mit Bern verbundenen Fahrenden auf ein Provisorium an der nahe gelegenen Bolligenstrasse weiter. Doch auch jenes Areal wurde bald umgenutzt – für den Neubau eines Gewerbebetriebs. Dokumente im Stadtarchiv ermöglichen einen Blick auf die damalige Standplatzpolitik in der Stadt Bern. So setzte sich die Stadtregierung seinerzeit stark dafür ein, dass die Fahrenden einen neuen Standplatz bekamen. Man prüfte mehrere Standorte. Der Platz sollte wegen der Schulkinder nicht zu abgelegen sein. Aber auch nicht zu gross: Man wollte – so steht es in Dokumenten – verhindern, dass weitere Fahrende nach Bern kommen. Die Stadtregierung entschied sich dann für einen Standort an der Weissensteinstrasse. Widerstand gab es unter anderem von den Berner Verkehrsbetrieben (heute Bernmobil), die einen Teil ihrer Parzelle an der Weissensteinstrasse nicht hergeben wollten. Auch Anwohnende, der Quartierleist und der Verein für Wildschutz aus dem nahen Könizbergwald wehrten sich. Doch der Gemeinderat blieb hart: Bei den Fahrenden «handelt es sich um Mitbürger, die ebenfalls Anspruch auf Daseinsberechtigung haben», teilte er den Einsprechenden mit. Er liess eine Parzelle an der Weissensteinstrasse für 60'000 Franken für die Fahrenden herrichten.

Weil die städtische Baudirektion dieses Gelände später aber als Werkhof nutzen wollte, musste auch dieser Standplatz 1976 weichen. Wieder wurde ein Provisorium geschaffen – dieses Mal an der Murtenstrasse. Dieser neue Platz war ungünstig gelegen. Zwischen Autobahnviadukt, Zentralwäscherei und Öltanks herrschten enge Platzverhältnisse. Die Bewohnenden waren zudem starken Emissionen ausgesetzt: Es war lärmig und die Luft war schlecht. Als Folge davon litten viele der Platzbewohnenden an Atemwegsinfektionen. Der Gesundheit nicht zuträglich waren auch die hygienischen Rahmenbedingungen – rund hundert Menschen teilten sich vier WC und vier Duschen. Um Abhilfe zu schaffen, durften die Platzbewohnenden die sanitären Anlagen des nahen Bads im Weyermannshaus mitbenutzen.

Kurz nach Bezug des Platzes gelangte die Dachorganisation der Jenischen und Sinti, die Radgenossenschaft der Landstrasse, an die Stadtberner Regierung. Die Zustände auf dem Platz seien sehr schlecht, monierte sie. Die Stadt prüfte daraufhin verschiedene alternative Standorte. Keiner wurde als geeignet erachtet. 1981 wurde erstmals eine Verlegung an den heutigen Standort im Buech zwischen Brünnen und Riedbach in Betracht gezogen – und verworfen.

1989 scheiterte ein Verlegungsprojekt, das schon weit gediehen war, an vorhandenen Altlasten: Auf dem Areal – eine ehemalige Kiesgrube zwischen der Autobahn A1 und der Eymatt – strömten Deponiegase aus, die von alten Kehrichtablagerungen stammten. Die «Berner Zeitung» titelte: «Beim geplanten Standplatz tritt explosives Gas aus.» Die Sanierungsmassnahmen wären so teuer geworden, dass der geplante Standort aufgegeben werden musste. Daraufhin wurde im Berner Stadtrat eine Motion überwiesen, welche die Schaffung eines

Sinti

In der Schweiz leben je nach Schätzung zwischen 500 und 3000 Sinti. Eine zur Gruppe der Sinti gehörende Frau nennt man Sintezza, einen Mann Sinto. In der Romandie heissen die Sinti Manouches. Die Sinti sind die Nachkommen jener Roma, die im 15. Jahrhundert nach Zentraleuropa ausgewandert sind. Die Sinti haben ihre eigene Sprache, die Sintitikes oder Romanes genannt wird. Anders als das Jenische hat die Sprache mit Deutsch wenig gemein. Die Sinti sind in der Schweiz zusammen mit den Jenischen als nationale Minderheit anerkannt.

«definitiven Standplatzes» verlangte. Nachdem einige Standorte geprüft und verworfen worden waren, fiel der Fokus auf den Standort Buech im Westen der Stadt Bern. Weil sich abzeichnete, dass die Schaffung des neuen Platzes noch einige Zeit in Anspruch nehmen würde, wurde 1991 der provisorische Platz an der Murtenstrasse saniert.

Stimmberechtigte sagen Ja

Die Stadtbehörden erarbeiteten in der Mitte der 1990er-Jahre eine Vorlage, die das Erstellen eines definitiven Standplatzes am Standort Buech mit dreissig Dauer- und acht Gästeplätzen vorsah.

Der Standort befand sich mitten in einer Landwirtschaftszone, das Land gehörte einer privaten Eigentümerschaft. Die Vorlage sah Folgendes vor: Kauf eines Teils der Parzelle für die geplante Sonderzone für die Fahrenden und Umwandlung eines Teils der angrenzenden, in Privatbesitz verbleibenden Landwirtschaftsfläche in eine Industrie- und Gewerbezone. Die Stadt verzichtete dabei teilweise auf die Mehrwertabschöpfung. Im Abstimmungskampf wurde die Einzonung zum Hauptargument der Gegnerschaft. Medienberichte aus der damaligen Zeit legen jedoch nahe, dass viele der Gegnerinnen und Gegner grundsätzlich keinen Standplatz wollten und die raumplanerischen Argumente lediglich vorschoben.



War schlecht gelegen: Der Standplatz an der Murtenstrasse in den 1990er-Jahren.

Roma

Roma bedeutet in der Sprache Romanes «Menschen». Roma ist der Oberbegriff für alle Angehörigen der verschiedenen Stämme, die Romanes sprechen oder von der Herkunft und Lebensweise her zu den Roma gehören. Ursprünglich waren die Roma in Indien und Persien beheimatet. Sie wanderten etwa ab dem 9. Jahrhundert in Hauptrichtung Europa aus. Die meisten Roma leben sesshaft, ein kleiner Anteil lebt fahrend in Wohnwagen. Nach Schätzungen von Roma-Organisationen leben ca. 80'000 Roma in der Schweiz.

Im Dezember 1995 stimmte der Stadtrat der Zonenplanänderung zu, ebenso dem separaten Kreditgeschäft für das Erschliessen und Erstellen des Standplatzes in der Höhe von 2,9 Millionen Franken. Der Kanton hatte zuerst einen Beitrag in Aussicht gestellt, diesen später aber nicht gesprochen.

Im April 1997 kam die Zonenplanänderung dann vor das Volk – und wurde von diesem mit 75,6 Prozent Ja-Stimmenanteil deutlich angenommen (Stimmbeteiligung: 22,1 Prozent). Nachdem die Fahrenden in der Stadt Bern über 40 Jahre lang in ungesicherten und teilweise wohnhygienisch prekären Verhältnissen gelebt hatten, bekamen sie im Buech nun einen fixen und nach ihren Bedürfnissen erstellten Standplatz. Es war der erste seiner Art in der Schweiz; die Stadt Bern wurde damit landesweit zu einer Pionierin.

Verbände der Jenischen, Sinti und Roma

Es gibt in der Schweiz seit den 1970er-Jahren eine Vielzahl von Organisationen und Vereinen, welche die Interessen der Jenischen, Sinti und Roma wahrnehmen.

Einige davon werden vom Bund direkt oder indirekt finanziert, so auch der im Buech beheimatete Verein Sinti Schweiz. Die Dachorganisation der Jenischen und Sinti ist die Radgenossenschaft der Landstrasse. Diese wurde 1975 in Bern öffentlich gegründet und gilt als älteste Interessenvertretung von Jenischen und Sinti in Europa.

3 Die ersten Jahre im Buech



Wohnlichkeit 20 Jahre nach der Eröffnung: Ein Haus im Buech im Sommer 2018.

Einige Monate bevor der neue Standplatz im Buech eröffnet wurde, begannen 1998 die Zügelarbeiten. Manche der Häuschen wurden auf dem provisorischen Standplatz an der Murtenstrasse abgebaut und einige Kilometer weiter westlich wieder aufgebaut. Andere der Fahrenden errichteten dagegen neue Bauten. Die Stadt vermietete den Bewohnerinnen und Bewohnern im Buech einzig die Parzellen. Für die Aufbauten waren diese selbst zuständig. Daran hat sich bis heute nichts geändert. Damals war die Vorfreude gross. Dass der Platz im Grünen liege, entspreche den Lebensgewohnheiten seiner Kultur, sagte ein Mann der Zeitung «Bund». Und fügte an: «Dort hinten im Buech wollen wir alt werden.» Am 25. Oktober 1998 wurde der Platz feierlich eröffnet. Es war der erste derart gut ausgebaute Platz in der Schweiz. Neben Politikerinnen und Politikern waren unter anderem auch viele Medienschaffende ins Buech gekommen. Der damalige städtische Baudirektor Adrian Guggisberg sagte gemäss Zeitungsberichten in seiner Rede, «eine jahrzehntelange Odyssee hat einen glücklichen Abschluss genommen». Georg Kreis, zu jener Zeit Präsident der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus, sprach von einem «positiven Beispiel».

«Auf dem Standplatz Buech, da wollen wir alt werden.»

Ein Bewohner des alten Platzes kurz vor dem Umzug im Jahr 1998

Neue Herausforderungen

Nach der Eröffnung zog Leben im Buech ein. Doch mit dem neuen Platz waren nicht alle Sorgen weg. Der damalige Leiter des städtischen Sozialamts konstatierte drei Jahre nach der Eröffnung, dass «Armut in Buech chronisch» zu werden drohte. «Wir sehen die negativen Folgen einer Abhängigkeit [von staatlicher Unterstützung] bis hin zu Gesundheitsschäden.» Zudem wurden Bauten ohne Bewilligung erstellt. Die Stadt reagierte, indem sie unter der Leitung des Sozialamtes eine ständige interdirektionale Arbeitsgruppe einsetzte, welche die Koordination in der Verwaltung sowie den direkten Kontakt mit den Bewohnenden des Standplatzes übernahm. In dieser Gruppe waren Immobilien Stadt Bern, das Schulamt, das Sozialamt, die betroffenen Schulleitungen, die Kantonspolizei sowie externe Berater vertreten. Dieser Koordinationsausschuss existiert bis heute und trifft sich jährlich viermal zu einer Sitzung.

Als externe Berater wurden damals Otto Mosimann – der mit seinem Vorstoss im Stadtrat am Ursprung des Platzes im Buech gestanden hatte und bereits den Umzug nach Buech als Berater begleitet hatte – sowie Hans Stucki engagiert. Letzterer erinnert sich so zurück: «Als nach vier Jahren die Probleme im Buech zunahm, wurden wir beide angefragt, ob wir helfen können.» Man sei die Probleme in Zusammenarbeit mit den Bewohnenden des Standplatzes angegangen. Bereits an der Murtenstrasse arbeitete Stucki in seiner Funktion als Geschäftsführer der Quartierkommission Bümpliz-Bethlehem mit den Fahrenden zusammen. Als ausgebildeter Gemeinwesenberater war er zudem fachlich gut vorbereitet. Das Hauptziel des damals lancierten Gemeinwesenarbeit-Projekts sei es gewesen, funktionierende Strukturen zu schaffen, sagt Stucki. Dies in Zusammenarbeit mit den Bewohnenden. Folgende Neuerungen standen dabei im Mittelpunkt:

Schaffen von Selbstverwaltungsstrukturen

Gemeinsam mit den Bewohnenden des Standplatz Buech wurde ein Komitee gegründet. Dieses existiert bis heute und besteht aus Personen aus dem Buech. Es besteht aus höchst-

Plätze für Jenische, Sinti und Roma

Der Kanton Bern unterscheidet offiziell drei verschiedene Typen von Plätzen: Standplätze, Durchgangsplätze für Schweizer Fahrende und Transitplätze für ausländische Fahrende. Der Überbegriff lautet Halteplätze. Auf Standplätzen überwintern die Fahrenden; die Kinder gehen im Winterhalbjahr zur Schule. Auf den Durchgangsplätzen lassen sich die Fahrenden während den Sommermonaten temporär nieder. Dies in der Regel für maximal einen Monat. Einzelne Parzellen auf einem Platz, die jeweils Platz für eine Wohneinheit bieten, werden Stellplätze genannt.



Leben im Wohnwagen ist im Buech die Ausnahme.

tens sieben Personen. Das Komitee ist gemäss Platzordnung (siehe nächster Punkt) für alle Fragen der Nutzung, der Pflege und des Unterhalts auf dem Standplatz zuständig und sorgt für die Einhaltung der Platzordnung. Gleichzeitig vertritt es die Interessen der Bewohnenden gegenüber der Stadt. Das Komitee kommt regelmässig für Sitzungen zusammen, an denen auch Vertretungen der Stadtverwaltung und der Präsident der Radgenossenschaft teilnehmen. Im Rahmen der Sitzungen sollen die Anliegen beider Seiten kooperativ behandelt und entsprechende Massnahmen eingeleitet werden. Ziel ist es, das Zusammenleben zu verbessern, die Autonomie der Bewohnenden zu stärken und die Behörden zu entlasten.

«Die Stadt Bern machte und macht es vor, wie man selbst mit schwierigen Situationen richtig umgeht.»

Simon Röthlisberger, Stiftung Zukunft für Schweizer Fahrende

Dieses Vorgehen wird von Simon Röthlisberger, dem Geschäftsführer der vom Bund im Jahr 1997 gegründeten und seither finanzierten Stiftung Zukunft für Schweizer Fahrende, gelobt. Im Buech habe man früh auf Partizipation und eine gewisse Selbstverantwortung gesetzt – das sei «Best Practice». Man habe verstanden, dass es absolut zwingend sei, Lösungen gemeinsam mit den Fahrenden zu finden. Partizipation erhöhe auch die Akzeptanz und Verbindlichkeit von Regeln. «Die Stadt machte und macht es vor, wie man selbst mit schwierigen Situationen richtig umgeht.»

Erstellen einer Platzordnung

Nachdem zu Beginn keine spezifischen Pflichten und Rechte für die Mietenden definiert waren, wurde 2003 eine Platzordnung geschaffen. Erarbeitet wurde sie von allen Akteurinnen und Akteuren – Beratern, Bewohnenden und der Stadt – gemeinsam. Das sei keine Selbstverständlichkeit, sagt Röthlisberger von der Stiftung Zukunft für Schweizer Fahrende. «Bei anderen Standplätzen läuft das teilweise ganz anders.» Da würden solche Reglemente von den Behörden einseitig geschaffen oder die Nutzerinnen und Nutzer erst zu einem sehr späten Zeitpunkt einbezogen. Die Platzordnung ist bis heute in Kraft. Eine Überarbeitung steht aber kurz vor dem Abschluss. Ziel der Überarbeitung: Das Regelwerk soll entschlackt und so auch eine bessere Einhaltung gewährleistet werden.

Unterzeichnung einer Schulpflichtvereinbarung

Gemeinsam mit den Platzbewohnenden und der Radgenossenschaft wurde 2005 vertraglich vereinbart, dass die Familien im Buech ihre Kinder vom 15. Oktober bis zum 15. März in die Schule schicken. Im Sommerhalbjahr sollten die Schulkinder per Fernunterricht lernen. Diese Schulpflichtvereinbarung orientierte sich auch an den Empfehlungen, welche die Radgenossenschaft 2003 erlassen hatte. Die Vereinbarung wurde mehrfach angepasst. Die aktualisierte Version der Schulpflichtvereinbarung von 2015 sieht im Grundsatz Folgendes vor: Die Schulpflicht besteht für die Kinder der Platzbewohnenden ab dem 1. Schuljahr (ohne Kindergarten) bis zum 8. Schuljahr bzw. bis zum Ende des 15. Altersjahrs. Kinder aus Familien, die während der Sommermonate auf Reisen gehen, besuchen den Schulunterricht ab den Herbstferien bis mindestens zum 1. März. Während der Sommermonate bearbeiten die Kinder im Selbststudium Unterrichtsmaterialien. Die Lehrpersonen der Schülerinnen und Schüler aus dem Buech stellen den Schulstoff zur Verfügung, nehmen die Arbeitsergebnisse entgegen und korrigieren diese. Von Kindern, deren Familien nicht auf Reisen gehen, wird erwartet, dass sie den Schulunterricht ganzjährig besuchen.

Diese drei Hauptmassnahmen des Gemeinwesenarbeit-Projekts stellten einen Fortschritt dar und sorgten für Verbesserungen. Gleichwohl spielen die Fragestellungen und Herausforderungen von damals auch heute noch eine Rolle.

4 Die aktuellen Schulprojekte

Den Jenischen und Sinti steht das Recht zu, ihre eigene Kultur zu pflegen. Die nomadische Lebensweise ist ein wesentlicher Bestandteil davon. Gleichzeitig haben die Kinder und Jugendlichen den verfassungsmässigen Anspruch auf ausreichenden und unentgeltlichen Grundschulunterricht. Mit diesem Recht geht aber auch die Pflicht der Eltern einher, ihre Kinder zur Schule zu schicken. Allen Anliegen gerecht zu werden, stellt die betroffenen Eltern und das Gemeinwesen vor eine grosse Herausforderung.

Die Bedeutung der Volksschulbildung nimmt auch für die Fahrenden zu. Gerade auch, weil die Verdienstmöglichkeiten in ihren traditionellen Betätigungsfeldern – zum Beispiel Hausieren mit Waren oder handwerklichen Tätigkeiten, Handel mit Alteisen und Antiquitäten – aufgrund der technischen und gesellschaftlichen Veränderungen zusehends zurückgehen. Der Wandel kann für die Fahrenden Einkommenseinbussen und eine Chancenminderung in der Arbeitswelt zur Folge haben. Daraus können wiederum Existenzsorgen sowie Spannungen in den Familien resultieren. Bildungsdefizite führen auch dazu, dass Fahrende bei ihrer Zukunftsgestaltung eingeschränkt werden. Beim Bundesamt für Kultur, das auf Bundesebene für die Förderung und den Erhalt der Kultur der Jenischen und Sinti zuständig ist, sieht man im Wandel aber auch Chancen. Sektionsleiter David Vitali lokalisiert diese auf zwei Ebenen: «Die Digitalisierung schafft neue Aufgabenbereiche – zum Beispiel im Bereich Online-Marketing – und neue Berufe, die weitgehend standortunabhängig ausgeübt werden können, also auch auf der Reise. Etwa Informatiker, Social-Media-Manager oder Data-Analyst.» Gerade solche Tätigkeiten setzen aber eine gute Bildung und eine berufliche Qualifizierung voraus.

Ein weiterer Anlauf

Dass das Erschliessen neuer Betätigungsmöglichkeiten eine gewisse Schulbildung erfordert, ist einem Teil der Familien im Buech bewusst. Ihr Interesse an Bildungsfragen ist in den letzten Jahren gewachsen. Rund zehn Jahre nach der Einführung der Schulpflichtvereinbarung für die Familien im Buech wurde 2015 aber klar, dass sich das 2005 gewählte System und die in der Schulpflichtvereinbarung getroffenen Abmachungen aus Sicht der Schule nicht bei allen Familien bewährt hatten. Die schulische Ausbildung reichte nicht bei allen Jugendlichen aus, um nach der Schulpflicht eine Attestlehre oder eine Lehre mit Fähigkeitszeugnis absolvieren zu können. Eine systematische schulische Förderung während der Reisezeit konnte nicht wie gewünscht erreicht werden. 2016 starteten die städtischen Schulbehörden deshalb ein neues Projekt. Dieses basiert auf zwei Pfeilern. Der eine ist das Programm «Lernen unterwegs»: Dank von der Stadt zur Verfügung gestellten Laptops mit Internetverbindung und einer modernen Fernunterrichtssoftware, soll das Lernen während dem Reisehalbjahr verbessert werden. Damit will die Stadt Bern die Vereinbarkeit von Schulbildung und nomadischer Lebensweise erleichtern. Der zweite Pfeiler sind die neuen Lernateliers im Winterhalbjahr. Diese sind speziell auf die Bedürfnisse der Kinder aus Familien, die im Sommer auf Reisen gehen, ausgerichtet. So werden die Kinder etwa eigens auf den Fernunterricht im Sommerhalbjahr vorbereitet. Daneben nehmen die Kinder aus dem Buech aber in normalen Regelklassen am Schulalltag teil.

Die von der kantonalen Erziehungsdirektion mitfinanzierten und mitentwickelten Lernateliers unterstützen die Integration der Schülerinnen und Schüler aus dem Buech, sagt der zuständige Schulleiter Armin Imstepf. «Durch die enge Zusammenarbeit der für die Lernateliers zuständigen Lehrpersonen und den Klassenteams der Regelklassen können sowohl das Schulungsprogramm angepasst wie auch soziale Schwierigkeiten rasch angegangen werden.» Schulische Defizite werden im Lernatelier schnell erkannt. Die für das Atelier verantwortlichen Lehrpersonen erstellen daraufhin ein individuell angepasstes Förderprogramm. «Dank der langjährigen Zusammenarbeit der Schule Oberbottigen mit Familien vom

«Kinder der Landstrasse»

Hinter dem harmlosen Namen «Hilfswerk für die Kinder der Landstrasse» verbirgt sich ein dunkles Kapitel der Schweizer Geschichte. Die 1926 vom Kinderhilfswerk Pro Juventute gegründete Organisation hatte sich zum Ziel gesetzt, «Vaganten» sesshaft zu machen. Mit der Unterstützung der staatlichen Vormundschaftsbehörden und subventioniert durch den Bund wurden Kinder jenseitiger Herkunft ihren Familien weggenommen. Neben dem «Hilfswerk» waren auch andere Organisationen und Behörden an der Kindswegnahme beteiligt. In Pflegefamilien, Heimen und Erziehungsanstalten waren die fremdplatzierten Kinder oft Misshandlungen ausgesetzt. In der Öffentlichkeit wurden die Vorgänge lange unkritisch gesehen. Erst durch Medienberichte – insbesondere im «Beobachter» – kippte die Meinung. Aufgrund der öffentlichen Empörung wurde die Aktion 1973 eingestellt.

Standplatz Buech haben wir gute Kenntnisse ihrer besonderen Lebensform», so Imstepf. Seit der Einführung der Lernateliers und des Programms «Lernen unterwegs» verfügt die Stadt zudem über zwei Lehrpersonen, die eng mit den Bewohnenden aus dem Buech zusammenarbeiten. Dadurch kann der Unterricht gut an die Rahmenbedingungen einer nomadischen Lebensweise angepasst werden. «Wir gehen generell sehr umsichtig mit den Bedürfnissen um, die sich aus der Kultur der Jenischen, Sinti und Roma ergeben», sagt der Schulleiter dazu. Mit dem Projekt soll nicht zuletzt auch der Bildungserfolg verbessert werden. Die Konzeption des Unterrichts für Schülerinnen und Schüler aus dem Buech berücksichtigt das Recht der Jenischen und Sinti auf die Pflege ihrer eigenen Kultur – und das Recht auf Bildung auch für die Kinder der Fahrenden.

«Wir gehen generell sehr umsichtig mit den Bedürfnissen um, die sich aus der Kultur der Jenischen, Sinti und Roma ergeben.»

Armin Imstepf, Schulleiter

Das im letzten Sommer gestartete Programm «Lernen unterwegs» sei vorbildlich, sagt Simon Röthlisberger von der Stiftung Zukunft für Schweizer Fahrende. Er lobt, dass die Stadt im Bildungsbereich immer wieder versuche, neue Wege zu gehen.

Doch trotz der grossen Bemühungen läuft aus Sicht der Stadt im Schulbereich noch nicht alles wie gewünscht. Es bleiben weitere Anstrengungen nötig (siehe Interview Seite 16).

«Beide Seiten müssen sagen: ‹Ja, wir wollen›»

Interview mit Irene Hänsenberger, Leiterin Schulamt Stadt Bern

Frau Hänsenberger, seit gut einem Jahr läuft das neue Projekt im Schulbereich.

Was ziehen Sie als Leiterin des Schulamts für eine Zwischenbilanz?

Wir sind immer noch in der Anlaufphase. Wir haben das Projekt zusammen mit den Familien aufgebaut, mit denen wir schon bis anhin sehr gut zusammenarbeiten konnten. Denn es braucht von beiden Seiten das Commitment: «Ja, wir wollen.» Es braucht Verbindlichkeit. Bis diese erreicht ist, dauert es manchmal etwas länger.

«Bei manchen Eltern hat sich sehr vieles verändert.»

Irene Hänsenberger, Leiterin
Schulamt Stadt Bern

Woran liegt das?

Im Sommer braucht es regelmässige Kontakte, um die Aufgaben zu besprechen. Dazu sind fixe Telefon- oder Skypetermine vorgesehen. Auch müssen die Aufgaben regelmässig erledigt werden. Das alles braucht sehr viel Selbstdisziplin. Wenn meine eigenen Kinder in den Sommerferien Aufgaben hätten erledigen müssen, hätte dies von mir und meinen Kindern auch viel Disziplin erfordert. Auch wenn vieles noch nicht wie gewünscht funktioniert, nahmen im vergangenen Sommer doch 5 von 15 Kinder am Projekt «Lernen unterwegs» teil. Deshalb kann man auch nicht bereits nach einem Jahr aufgeben.

Die Bewohnenden vom Buech sagen von sich, ihre Einstellung zur Schule habe sich verändert. Wie erleben Sie das?

Es gibt eine Gruppe, bei der sich sehr vieles verändert hat, bei der vieles gut läuft und auch die Sensibilität vorhanden ist. Es gibt aber auch eine andere Gruppe, die sich der Schule eher entzieht.

Wie gehen Sie mit den Eltern dieser zweiten Gruppe um?

In Fällen, in denen die Schulpflicht nicht eingehalten wird, müssen wir entscheiden, ob wir die Schulkommission einschalten. Diese entscheidet dann, ob sie gestützt auf das kantonale Volksschulgesetz Bussen ausspricht.

Wie geht es weiter?

Wir sind sehr überzeugt von den Lernateliers im Winter. Gerade wenn man mit den Unterstufenschülerinnen und -schülern damit beginnt. So kann eine gute Grundlage geschaffen werden, um langfristig eine positive Veränderung zu bewirken. Das zeigen auch Rückmeldungen einzelner Eltern. Deshalb bin ich überzeugt, dass wir die Aufbauarbeit länger fortführen müssen.

Wie erklären Sie sich die Ablehnung der Institution Volksschule durch manche Eltern auf dem Standplatz im Buech?

Wir leiden immer noch unter dem Image, das die Behörden seit der Aktion «Kinder der Landstrasse» bei vielen Jenischen, Sinti und Roma bis heute haben. Wenn etwas von der Verwaltung kommt, ist es vielen suspekt. Aber wir setzen uns aktiv dafür ein, diese Ängste zu entkräften.

5 Die soziale Situation im Buech



In den Sommermonaten stehen jeweils viele der Häuser leer.

Auf dem Standplatz an der Murtenstrasse, wo die mit Bern verbundenen Fahrenen vor dem Umzug auf den neuen Platz im Buech lebten, waren die Wohnbedingungen prekär. Als die Stimmbevölkerung 1997 über den Kredit für den neuen Platz abstimmte, wurden im Abstimmungsbüchlein deshalb auch «wohnhygienische und soziale Gründe» für den Umzug angeführt. Die Lebensbedingungen der Platzbewohnenden sollten durch den Umzug verbessert werden. Und tatsächlich gilt der Platz im Buech auch heute, 20 Jahre nach der Eröffnung, als vorbildlich. Dennoch existiert im sozialen Bereich aus städtischer Sicht Verbesserungspotenzial. Nach wie vor sind viele Personen im Buech mit sozialen, gesundheitlichen und wirtschaftlichen Problemen konfrontiert (siehe Interview Seite 18).

«Wenn wirtschaftliche Perspektiven fehlen, droht eine Negativspirale»

Interview mit Felix Wolffers, Leiter Sozialamt Stadt Bern

Herr Wolffers, welche sozialen Verbesserungen brachte die Eröffnung des Standplatzes Buech?

Die Lebensbedingungen für die Fahrenden sind mit der Eröffnung von Buech klar besser geworden. Es gibt aber auch Entwicklungen, die uns Sorge bereiten. Im sozialen und gesundheitlichen Bereich gibt es viele ungelöste Probleme. Viele Bewohnende sind gesundheitlich angeschlagen, was sich dann negativ auf die Erwerbsmöglichkeiten auswirkt. Wir stellen zudem seit einiger Zeit fest, dass vermehrt auch junge Menschen aus dem Buech auf die Sozialhilfe angewiesen sind.

Was sind die Gründe dafür?

Es wird für die Fahrenden immer schwieriger, ihren Lebensunterhalt in den traditionellen Geschäftsfeldern zu erwirtschaften. Frühere Verdienstmöglichkeiten – beispielsweise der Verkauf von Haushaltsgegenständen, das Schleifen von Messern und Scheren und der Handel mit Altwaren – werfen immer weniger Ertrag ab. Gleichzeitig gelang es den Fahrenden bisher kaum, Ersatzmöglichkeiten zu finden. Somit verschlechtert sich unter dem Strich die wirtschaftliche Situation zunehmend.

Was hat das für konkrete Auswirkungen?

Wenn wirtschaftliche Perspektiven fehlen, droht eine Negativspirale. Die fehlende Arbeit beeinträchtigt die Gesundheit, wodurch sich die Erwerbsmöglichkeiten weiter verschlechtern. Die Folge ist eine überdurchschnittlich hohe Sozialhilfequote.

Was wären tragfähige Berufsmodelle, die mit der nomadischen Lebensweise vereinbar sind?

Die Schwierigkeit ist, dass unser Arbeitsmarkt vor allem qualifizierte Berufsleute braucht. Eine Berufslehre ist aber nur schlecht mit der nomadischen Lebensweise vereinbar. Mit diesem Problem müssen sich die Fahrenden vermehrt auseinandersetzen und nach Lösungen suchen.

Was unternimmt die Stadt?

Die Stadt unternimmt sehr viel, damit die Kinder vom Standplatz Buech eine möglichst gute Schulbildung erhalten. Es gibt spezielle Schulprogramme für Kinder von Fahrenden. Ich erlebe auch die Lehrpersonen in den Schulen als sehr engagiert. Wegen der längeren Schulabsenzen im Sommerhalbjahr und teilweise auch wegen häufiger Unterrichtsabsenzen im Winterhalbjahr erreichen aber nicht alle Kinder die Lernziele vollumfänglich.

Wie könnte eine Lösung aussehen?

Es gibt einen Grundkonflikt zwischen der Lebensweise der Fahrenden und unserem auf Sesshaftigkeit aufbauenden Schul- und Berufsbildungssystem. Eine Berufslehre ist eine Ganzjahresausbildung, die für die spätere Berufstätigkeit qualifizieren soll. Das verträgt keine langen Absenzen. Eine Möglichkeit wäre es für junge Fahrende, während einer Lehre drei oder vier Jahre sesshaft zu sein, um dann mit viel besseren beruflichen Voraussetzungen als Fahrende ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Das ist aber eine Aussensicht, welche die Tradition der Fahrenden nicht berücksichtigt. Die Fahrenden müssen eigene Ideen für zukunftsfähige Berufsmodelle entwickeln. Aufgabe der Behörden ist es, diesen Prozess zu begleiten und zu unterstützen. Daneben gilt es auch, neue Ansätze für eine verbesserte wirtschaftliche Selbständigkeit von Fahrenden zu fördern.

«Die Fahrenden müssen eigene Ideen für zukunftsfähige Berufsmodelle entwickeln.»

Felix Wolffers, Leiter Sozialamt Stadt Bern

6 Die Stadt als Vermieterin und Partnerin



Die Stadt vermietet einzig die Parzellen; die Aufbauten gehören den Bewohnenden selbst.

Die Personen, die im Buech leben, gehen für ihren Stellplatz ein Mietverhältnis mit der Stadt Bern ein. Immobilien Stadt Bern (ISB) stellt ihnen die gut erschlossenen Grundstücke zur Verfügung. Diese sind mit Wasser- und Elektrizitätsanschlüssen ausgerüstet. Auf dem Standplatz Buech sind zudem ein Gemeinschaftsraum, eine Waschküche und sanitäre Anlagen vorhanden. Die Stadt übernimmt weiter den Unterhalt der Grünflächen und Strassen. Die Bauten auf den einzelnen Parzellen im Buech wurden von den Bewohnenden dagegen selbst erstellt und sind deren Eigentum. Während viele der Bewohnenden im Sommer mit Wohnwagen auf Reisen sind, leben im Winter im Buech fast alle in ihren eigenen Häuschen, meist feste, aber demontierbare Bauten. Das ist nicht nur im Buech so. Nach Angaben der Stiftung Zukunft für Schweizer Fahrende existieren auch auf anderen Schweizer Standplätzen ähnliche Bauten.

Die Mieten berechnen sich anhand von Quadratmeterpreisen. Dazu kommen anfallende Nebenkosten für den Betrieb des Standplatzes. Weil viele Bewohnende mit Strom heizen, fällt die Stromrechnung nicht selten vergleichsweise hoch aus. Eine Energieberatung ist deshalb in Planung. Kommt es zu Mietzinsausständen, wird das Gespräch mit den Betroffenen gesucht und nicht selten eine zeitlich kulante Abzahlung vereinbart. Im Grundsatz sind die Mietverträge jedoch mit jenen identisch, die die Stadt auch mit Mieterinnen und Mietern anderer städtischer Liegenschaften abschliesst.

Fester Bestandteil der Verträge ist die im Jahr 2003 geschaffene Platzordnung. Sie definiert die Rechte und Pflichten der Bewohnenden des Standplatzes, regelt die Strukturen der Selbstverwaltung und bildet somit den Rahmen für das Zusammenleben auf dem Standplatz. Gleichzeitig ist die Platzordnung ein wichtiges Dokument für die Zusammenarbeit zwischen den Bewohnenden und der Stadtverwaltung. Eine Schlüsselaufgabe kommt dabei dem aus Bewohnenden gebildeten Komitee zu. Eine seiner Kernaufgaben ist es, als Bindeglied zwischen den städtischen Behörden und den Bewohnenden zu dienen und die Interessen der Bewohnenden gegenüber der Stadt zu vertreten.

«Ich probiere, beide Seiten für die jeweils andere zu sensibilisieren.»

Jaelle Eidam,
Gemeinwesenarbeiterin

ISB sorgt in Zusammenarbeit mit dem Komitee für die Einhaltung der Platzordnung. Auch Fragen der Nutzung, der Pflege und des Unterhalts des Standplatzes werden so geregelt. Dieses System funktionierte aus Sicht von ISB zuletzt nicht wie gewünscht. Unter anderem auch deswegen sei der Aufwand für die Liegenschaftsbewirtschaftung auch 20 Jahre nach der Eröffnung des Standplatzes noch immer überdurchschnittlich hoch. Gemäss ISB kann der Platz bis heute nicht kostendeckend betrieben werden. Es brauche zudem viel Engagement seitens der Stadt, damit der Platz an sich und das Zusammenleben der Bewohnenden reibungslos funktionieren.

Das aktuelle Gemeinwesenarbeit-Projekt

Die aktuellen Beziehungen der Jenischen, Sinti und Roma zu den Behörden seien noch immer von den sehr schlechten Erfahrungen geprägt, welche Erstere in der Vergangenheit gemacht haben, sagt Simon Röthlisberger von der Stiftung Zukunft für Schweizer Fahrende: «Die Fahrenden haben die Repressionen, die über lange Zeit andauert haben, verinnerlicht.» Allfällige Konflikte müssten deshalb vor diesem Hintergrund betrachtet werden. Deshalb und um den vorhandenen Problemen zu begegnen, hat die Stadt 2017 ein neues Gemeinwesenarbeit-Projekt lanciert. Die Stadt hat hierfür ein externes Mandat an die Stiftung B vergeben. Geschäftsführerin und Gemeinwesenarbeiterin Jaelle Eidam arbeitet mit einem 20-Prozent-Pensum zugunsten des Standplatzes. Ihr Auftrag ist es, die Zusammenarbeit zwischen den Platzbewohnenden und der Stadtverwaltung, das Funktionieren der Selbstverwaltungsstrukturen auf dem Standplatz sowie die soziale, gesundheitliche und wirtschaftliche Situation der Bewohnenden zu verbessern. Sie leiste aber auch immer wieder Übersetzungsarbeit, sagt Jaelle Eidam. Denn im Buech pralle eine Verwaltungskultur, in der Schriftlichkeit einen hohen Stellenwert habe, auf eine Gemeinschaft, die alles mündlich regle. Sie probiere dabei, beide Seiten für die jeweils andere zu sensibilisieren. Gemäss den verantwortlichen Personen ist das Projekt gut angelaufen. Für eine Zwischenbilanz ist es aus städtischer Sicht hingegen noch zu früh.

Viel Lob

Trotz aller immer noch vorhandenen Schwierigkeiten wurde der Standplatz Buech im nationalen Standbericht Fahrende und Raumplanung, der 2016 zum dritten Mal von der Stiftung Zukunft für Schweizer Fahrende herausgegeben wurde, als einer der wenigen in der Schweiz als «gut» eingestuft. Und auch heute, 20 Jahren nach der Eröffnung, gehöre er aus konzeptioneller Sicht zu den besten in der Schweiz, sagt Simon Röthlisberger, der Geschäftsführer der Stiftung Zukunft für Schweizer Fahrende. Auch Daniel Huber, der Präsidenten der Radgenossenschaft, lobt den Platz. «Die Eröffnung vor 20 Jahren war sehr wichtig.» Der Platz sei zudem gross und biete mehreren Volksgruppen Platz. «So wie es läuft, ist es gut.»

7 Das Leben auf dem Standplatz Buech heute

Fakten und Zahlen

- Auf dem Standplatz Buech leben Jenische und Sinti. Sie sind auch familiär eng miteinander verbunden.
- Während der Winterzeit wohnen rund 120 Menschen im Buech. Fast ein Drittel der Platzbewohnenden ist minderjährig, fast die Hälfte ist unter 25 Jahre alt (Stand Februar 2017).
- Gelegen ist der Standplatz südlich der Autobahn A1 im Weiler Buech zwischen Brünnen und Riedbach auf städtischem Boden.
- Der Standplatz Buech erstreckt sich über rund 15'000 m² (was gut zwei Fussballfeldern entspricht).
- Im Buech existieren aktuell 37 offizielle Stellplätze.
- Die Grundstücke werden nach Quadratmeterpreisen vermietet.
- Zusätzlich zu den Stellplätzen gibt es Parkplätze, ein Gemeinschaftshaus, eine Waschküche und sanitäre Anlagen.
- Gemäss dem aktuellsten Standbericht der Stiftung Zukunft für Schweizer Fahrende existieren in der Schweiz 15 Standplätze mit insgesamt 237 Stellplätzen.
- Buech ist aktuell der zweitgrösste Standplatz für Jenische, Sinti und Roma in der Schweiz. Grösster Schweizer Standplatz ist jener in Versoix im Kanton Genf mit 46 Plätzen.
- Im Buech befinden sich zwei Drittel der 54 Stellplätze, die im Kanton Bern auf Standplätzen insgesamt zur Verfügung stehen.
- Seit fünf Jahren betreibt die Stadt Bern zudem auf Ersuchen des Kantons Bern an der Wölflistrasse einen provisorischen Durchgangsplatz.



Die Lage des Platzes.

Ein Besuch im Buech im Sommer 2018 – eine Kurzreportage

Gina und Josef Birchler sind Buechbewohnende der ersten Stunde. «Wir waren froh, als wir nach Buech ziehen konnten», sagt der 51-jährige. «Es ist ein schöner Platz.» Birchlers lebten zuvor im Provisorium unter der Autobahnbrücke an der Murtenstrasse, wo Gina Birchler auch einen grossen Teil ihrer Kindheit verbrachte. Nun sitzen sie zusammen im Schatten vor ihrem Haus. Josef Birchler hat dieses aus mehreren Wohncontainern gebaut – und gelb angestrichenen. Seine Frau würde weiss bevorzugen. Man sei sich diesbezüglich nicht einig, sagen beide einstimmig – und lachen einander dabei herzlich an. Das Haus umfasst ein Wohnzimmer mit halboffener Küche und mehrere Schlafzimmer. Auch die drei jüngeren Söhne leben noch zuhause. Birchlers selbst sind seit acht Jahren das ganze Jahr über im Buech. «Aus gesundheitlichen Gründen», sagt Josef Birchler. Seine Frau macht ein wehmütiges Gesicht. «Ich vermisse es, auf Reisen zu sein», sagt sie.

Im Buech mache man morgens dasselbe wie überall, sagt Josef Birchler. Man stehe auf, trinke einen Kaffee und gehe dann arbeiten. Wie die meisten verdiene er sein Geld mit Hausieren, sagt er. Er ist Messer- und Scherschleifer.

Da Messer und Scheren im Neukauf heute günstiger seien als das Nachschleifen, habe er sein Geschäftsmodell angepasst, erklärt Josef Birchler. «Ich habe mich auf Gastronomiebetriebe spezialisiert.» Deren Messer sind teure Spezialanfertigungen, bei denen sich ein Nachschleifen für die Köche lohnt. Gina Birchler arbeitet zuhause im Haushalt. «Wir Fahrennden haben ein traditionelles Familienmodell», sagt sie.

Nun, in den Sommermonaten, sind viele der Menschen aus Buech gar nicht da. Auch ein Grossteil der Grossfamilie Birchler ist Mitte Juli unterwegs. Einige sind gerade in Stäfa, andere im Baselbiet. Deshalb sind an den grösseren und kleineren Häusern viele Fensterläden zu. An jenem Haus mit Gartenzweigen etwa. Am Nachbarhaus hängt ein Schild. «Home is, where my family is», steht darauf – zuhause ist dort, wo die Familie ist. Also überall, wo man gerade auf Reisen ist. Man kommt aber augenscheinlich wieder gerne zurück auf den Platz im Buech: Am violett gestrichenen Chalet nebenan verkündet ein Schild «Bienvenue au petit bonheur» – willkommen im kleinen Glück.

In der Mitte der Siedlung steht der von der Stadt zur Verfügung gestellte Gemeinschaftsraum. Unweit davon öffnet ein junger Mann die Türe seines Elternhauses. Er ist eben vom Reisen zurückgekommen. Er wuchs mehrheitlich im Buech auf, ging in Bern zur Schule. Ihm gefalle es hier. Trotzdem ziehe es ihn bald wieder fort. Wann, das wisse er noch nicht. Vereinzelt spielen Kinder auf der Strasse. An einer der Strassenkreuzungen trocknet Wäsche auf einem Grundstück.

Eine Sache beschäftigt die Bewohnenden im Buech stark. «Wo sollen unsere Kinder der-einst wohnen?», fragt Josef Birchler stellvertretend. Sein ältester Sohn sei in eine feste Wohnung gezogen, weil er keinen eigenen Stellplatz gefunden habe. «Und wir haben ja noch drei Söhne mehr, die alle bald ein eigenes Zuhause brauchen.» Die Familie müsse zusammenbleiben. «Sonst können wir nicht existieren», sagt Gina Birchler. Auch der älteste Sohn komme jeden Tag vorbei. Manchmal sogar mehrmals. Auch für ihn sei der Standplatz im Buech sein Zuhause geblieben.



Sie leben seit 20 Jahren im Buech: Josef, Simon und Gina Birchler (von links nach rechts).

«Die Stadt ist für uns eingestanden»

Interview mit Fino Winter, Präsident Sinti Schweiz

Fino Winter, was bedeutet der Standplatz Buech, auf dem Sie selbst leben, für die Sinti und Jenischen?

Einige von ihnen haben hier ein Zuhause gefunden. Das ist wichtig und gut.

Wie hat sich der Standplatz in den vergangenen 20 Jahren verändert?

Wir haben Beleuchtung erhalten und ein Gemeinschaftshaus. Es gibt einen Winterdienst; Stadtgrün kümmert sich um die Anlage. Das gab es anfangs nicht. Und es gibt mehr Kinder. Dadurch gibt es einen Platzmangel. Wir müssen schauen, dass wir mehr Standplätze schaffen können.

Wen sehen Sie in der Pflicht?

Ganz klar den Kanton. Er muss nun zusätzliche Plätze schaffen. Die Stadt hat bereits sehr viel gemacht für die Fahrenden. Man hat sich schon in der Zeit vor Buech um uns gekümmert. Und dann hat man 1998 diesen wunderbaren Platz gebaut. Die Stadt ist beim Kanton für die Minderheiten eingestanden. Das ist sehr positiv.

Wo sehen Sie künftige Herausforderungen?

In der Bevölkerung existieren Vorurteile gegenüber den Fahrenden. Wir wollen deshalb für Aufklärung sorgen. Wir müssen uns öffnen, damit die Menschen sehen und wissen, wie wir leben. Wir sind noch immer Unbekannte in der Nachbarschaft. Und wenn man etwas nicht kennt, entstehen Vorurteile. Dem wollen wir entgegenwirken. Deshalb machen wir auch Tage der offenen Türe sowie eine Wanderausstellung, die im September 2018 in Bern erstmals zu sehen ist.

Was in der Stadt Bern immer wieder für Diskussionen sorgt, ist die Einhaltung der Schulpflicht durch die Familien im Buech.

Es trifft zu, dass nicht alle Eltern aus dem Buech ihre Kinder regelmässig in die Schule schicken. Aber dafür gibt es meistens Gründe. Es gibt keine öffentlichen Verkehrsmittel. Die Eltern fahren ihre Kinder mit dem Auto in die Schule. Wenn nun beide Eltern krank sind, können sie ihre Kinder nicht in die Schule bringen. Und weil es soziale Probleme im Buech gibt, sind manche Eltern oft krank. Einst gab es einen Schulbus.

Er wurde kaum genutzt.

Heute würde ein solches Angebot bestimmt genutzt. Es ist auch in unserem Interesse, dass die Kinder lernen können. Im Winterhalbjahr steht auch bei fahrender Lebensweise einem Schulbesuch nichts im Weg.

Die Berufswelt ist im Umbruch. Welche Optionen sehen Sie für die berufliche Zukunft?

Wir müssen zusammen mit den Behörden neue Wege finden. Der Staat hat uns anerkannt. Das bringt aber nur wenig, wenn er uns anschliessend nicht fördert.

Wie könnte er das aus Ihrer Sicht tun?

Etwa indem er unseren Jungen Schleifarbeiten von Messern aus Schulküchen anvertraut. So können sie von der Sozialhilfe wegkommen. Oder man könnte uns Fahrenden eine Werkstatt zur Verfügung stellen, in der unsere Jungen ihr eigenes Geld verdienen können.

«Wir müssen schauen, dass wir mehr Standplätze schaffen können.»

Fino Winter, Sinti Schweiz

8 Zukunft

Seit 20 Jahren wird im Buech gelebt; die Gemeinschaft wächst. Dies ist für die Zukunft denn auch eine der grössten Herausforderungen. Die Stadt ist diesbezüglich auf den Kanton Bern angewiesen. Und auch sonst bahnen sich im Buech Veränderungen an.

Die Standplatz-Knappheit

Stand- und Durchgangsplätze sind landesweit Mangelware; die Schaffung neuer Plätze ist Aufgabe der Kantone. Landesweit fehlen gemäss Standbericht der Stiftung Zukunft für Schweizer Fahrende rund 25 Standplätze und gar 50 Durchgangsplätze. Auch im Buech wird der Platz eng. Eine vom Gemeinderat in Auftrag gegebene Analyse kam zum Schluss, dass auf dem Standplatz Buech innerhalb der nächsten fünf Jahre ein Bedarf nach rund 15 zusätzlichen Stellplätzen für die heranwachsende Generation besteht. Der Maximalbedarf gemäss Angaben der Bewohnenden des Standplatzes liegt sogar bei 20 zusätzlichen Plätzen. Der Berner Gemeinderat sieht den Kanton Bern in der Pflicht, weitere Stand- und Durchgangsplätze zu schaffen. Im Kanton Bern existieren neben jenem im Buech zwar auch in Biel (15 Stellplätze) und in Belp (3 Stellplätze) weitere Winterplätze. Gleichwohl befinden sich zwei Drittel aller bernischen Winterstellplätze auf Stadtberner Boden. Seit fünf Jahren betreibt die Stadt Bern an der Wölflistrasse zudem einen provisorischen Durchgangsplatz. Er ist kantonsweit einer der grössten.



Zu Besuch bei den Eltern auf dem Standplatz Buech.

Der Kanton Bern hat 2013 ein Standortkonzept für Halteplätze erstellt. 2014 beauftragte der bernische Regierungsrat die kantonale Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion, «unter Einbezug der jeweiligen Standortgemeinden bis 2017 bis zu fünf neue Durchgangs- und Standplätze und bis zu zwei neue Transitplätze für ausländische Fahrende bereitzustellen». Gebaut wurde bis anhin aber noch keiner davon. Die Stadt Bern hat sich beim Kanton dafür eingesetzt, dass nicht nur – wie ursprünglich geplant – Durchgangs- und Transitplätze, sondern auch zusätzliche Standplätze geschaffen werden.

«Im Buech wächst eine junge Generation mit anderen Ideen heran.»

Marc Lettau, Journalist

Mittlerweile geht der Kanton davon aus, dass die geplanten neuen Standplätze in Muri und Erlach ab Herbst 2020 zur Verfügung stehen. Die beiden Plätze sollen zusammen eine Kapazität zwischen 17 und 28 Stellplätzen aufweisen. Dies wird hoffentlich dazu beitragen, dass die Platzsituation in der Region Bern langfristig entschärft wird. Nach Ansicht der Stadt sollte die heranwachsende Generation aus dem Buech bei der Vergabe der neuen Plätze prioritär behandelt werden.

Es sei sehr wichtig, dass nach der Stadt Bern auch der Kanton Bern weitere Plätze schafft, sagt Daniel Huber, der Präsidenten der Radgenossenschaft. Auch in der restlichen Schweiz müssten viele zusätzliche Standplätze geschaffen werden – «idealerweise mit demselben Standard wie im Buech». Zudem brauche es auch weitere Durchgangsplätze.

Aufbruch im Buech

Der langjährige Berater Hans Stucki sieht auch im Buech selbst Weiterentwicklungspotenzial. Er empfiehlt, eine weitergehende Verselbständigung des Standplatzes anzustreben. «Das Ziel sollte es sein, zusammen mit der Einwohnerschaft und ihren Organisationen eine nachhaltige Trägerschaftsstruktur für den Platz aufzubauen.» Dazu würde die Stadt die ganze Parzelle im Buech im Baurecht an die Einwohnerschaft abgeben. Letztere würde den Platz selbständig verwalten. Dazu könnte sie laut Stucki eine Genossenschaft oder Stiftung gründen. Aus Sicht der Stadt Bern müsste jedoch vertieft geprüft werden, ob mehr Autonomie auch wirklich zu einer Verbesserung der Situation auf dem Platz führen würde.

Positive Entwicklungen erkennt Marc Lettau. Als langjähriger «Bund»-Journalist begleitet er die Fahrenden und den Standplatz Buech seit langer Zeit. Für ihn ist der Standplatz Buech allein schon wegen des Volksentscheids von 1997 bemerkenswert: «Eine klare Mehrheit entschied damals, die prekären Lebensumstände einer kleinen, fragilen Minderheit zu verbessern.» Mit der Eröffnung des Platzes am Stadtrand seien die Jenischen und Sinti aber auch ganz aus dem Stadtbild und aus dem Bewusstsein vieler Bernerinnen und Berner verschwunden. Diese «Unsichtbarkeit» behindere den Dialog zwischen Minderheit und Mehrheit. Distanz werde so zementiert. «Wahrgenommen wird der Platz so fast nur, wenn es nicht rund läuft.» So bleibe heute etwa unbemerkt, wie sich die Gemeinschaft von Buech wandle. «Es wächst eine junge Generation heran.» Diese habe neue Bedürfnisse und andere Ideen. Mitentscheidend dafür sei, dass Bundesrat Alain Berset sie als Jenische und Sinti im Jahr 2016 namentlich anerkannt hat. «Das schuf neues Selbstwertgefühl, weckte Aufbruchsstimmung.» Gleichzeitig erfahren gemäss Lettau jene, die im Sommer aufbrechen und auf Reisen gehen, dass «die Aversion gegen Fahrende schweizweit zu- statt abgenommen hat».

Das zeigt, dass das Engagement für die Rechte der Jenischen, Sinti und Roma weitergehen muss. Die Stadt Bern hat in den vergangenen 20 Jahren einen Beitrag geleistet und mit dem Standplatz Buech ein vorbildliches und vielbeachtetes Projekt realisiert und laufend weiterentwickelt.

Literatur- und Quellenverzeichnis

Literatur

Eigenmann, Thomas / Gaudenz, Jon (2016): *Fahrende und Raumplanung*. Standbericht 2015, Bern: Stiftung Zukunft für Schweizer Fahrende.

Huonker, Thomas / Ludi, Regula (2001): *Roma, Sinti und Jenische*. Schweizerische Zigeunerpolitik zur Zeit des Nationalsozialismus. Beitrag zur Forschung, Veröffentlichungen der Unabhängigen Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg, Zürich: Chronos.

Wandeler, Bernard et al. (2015): *Roma, Sinti, Jenische*. Europa und die «Zigeuner», Werkstattheft Internationale Studienwoche 2015, Luzern: Hochschule Luzern.

Radgenossenschaft der Landstrasse (2017): *Schulunterricht und Schuldispens – Information für Behörden und Eltern*, Webdokument, https://www.radgenossenschaft.ch/wp-content/uploads/2017/12/schulpflicht_jenische_reisende_kinder.pdf (abgerufen am 21.8.2018).

Rieder, Kathrin / Lettau, Marc (2018): *Latscho Dives! – die unbekannte Minderheit der Schweiz*, Ausstellungsdokumentation, Bern: Verein Sinti Schweiz (unveröffentlichter Entwurf).

Sancar-Flückiger, Annemarie (1997): *Buech – ein definitiver Standplatz für die Berner Fahrenden*, *Tangram* Nr. 3/97, *Bulletin der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus*, 33–36.

Zeitungsartikel

Der Bund (1998): *Den Fahrenden ein Stück Heimat gegeben*, Ausgabe vom 26. Oktober 1998.

Der Bund (1998): *«Mit diesem Ort hat niemand etwas verbunden»*, Ausgabe vom 14. April 1998.

Der Bund (2001): *«Buech droht zum Getto [sic] zu werden»*, Ausgabe vom 7. April 2001.

Berner Zeitung (1997): *Beim geplanten Standplatz tritt explosives Gas aus*, Ausgabe vom 9. Juni 1997.

Schweizerische Depeschagentur (1997): *Standplatz für Fahrende in Bern deutlich angenommen*, veröffentlicht am 14. April 1997.

Quellen Stadtarchiv

Abstimmungsbotschaft des Stadtrats an die Gemeinde, Gemeindeabstimmung vom 13. April 1997, Planung Buech (Zonenplan und Vorschriften).

Baugesuch Standplatz Weissensteinstrasse (1963).

Beschlüsse; Kenntnisnahmen, Vorstossantworten, Gesetzesvorträge des Stadtberner Gemeinderats (1963–1964; 1996).

Briefwechsel der Stadtberner Finanzdirektion (1963–1964).

Briefwechsel des Stadtberner Gemeinderats (1963–1964).

Einsprachen Baugesuch Standplatz Weissensteinstrasse (1963).

Stadtrat Bern, Parlamentarische Beschlüsse (1983–1996).

Stadtrat Bern, Parlamentarische Vorstösse (1983–1993).

Verwaltungsakten

Polizeiinspektorat Stadt Bern (2018): Provisorischer Durchgangsplatz Wölflistrasse für Fahrende. Platzordnung Saison 2018, Bern: Stadt Bern.

Schulamt Stadt Bern (2015): Regelung des Schul- und Kindergartenbesuchs der Kinder der Fahrenden im «Buech» Bern, Bern: Stadt Bern.

Schulamt Stadt Bern (2016): Konzept Lernateliers und Lernen unterwegs, Bern: Stadt Bern.

Sozialamt Stadt Bern (2003): Platzordnung für den Standplatz Buech, Bern: Stadt Bern.

Sozialamt Stadt Bern (2016): Strategie «Standplatz Buech». Massnahmenplan zur Verbesserung der Situation beim Betrieb des Standplatzes für Jenische, Sinti und Roma in Buech, Bern: Stadt Bern.

Sozialamt Stadt Bern (2017): Standplatz Buech: Analyse des Platzbedarfs, Bern: Stadt Bern.

Interviews

Birchler, Gina und Josef, Bewohnende Buech

Eidam, Jaelle, Stiftung B

Hänsenberger, Irene, Schulamt Stadt Bern

Huber, Daniel, Radgenossenschaft der Landstrasse

Imstepf, Armin, Schulleiter (schriftlich geführt)

Lergier, Marc, Immobilien Stadt Bern

Lettau, Marc, Journalist

Müller, Philippe, Immobilien Stadt Bern

Röthlisberger, Simon, Stiftung Zukunft für Schweizer Fahrende

Stucki, Hans, Gemeinwesenberater

Vitali, David, Bundesamt für Kultur (schriftlich geführt)

Winter, Fino, Sinti Schweiz

Wolffers, Felix, Sozialamt Stadt Bern

Online-Ressourcen

Sammlung des Bundesrechts: www.admin.ch > Bundesrecht > Systematische Sammlung > Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten

Bundesamt für Kultur: www.bak.admin.ch > Sprachen und Gesellschaften > Jenische und Sinti

Historisches Lexikon der Schweiz: www.hls-dhs-dss.ch

Verein Humanrights.ch: www.humanrights.ch > Schlagwortsuche > Verletzliche Gruppen > Jenische, Sinti und Roma

Justiz, Gemeinde- und Kirchendirektion des Kantons Bern: www.jgk.be.ch > Raumplanung > Kantonale Raumplanung > Fahrende

Radgenossenschaft der Landstrasse: www.radgenossenschaft.ch

Stiftung Zukunft für Schweizer Fahrende: www.stiftung-fahrende.ch

